

Geschäftsverteilungsplan des Kartellsenats des Bundesgerichtshofes  
für das Jahr 1959

Dem Kartellsenat sind alle Sachen auf Grund des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen vom 27. Juli 1957, BGBl I 1081, zugewiesen.

Geschäftsverteilungsplan der Strafsenate des Bundesgerichtshofes  
für das Jahr 1959

Dem 1. Strafsenat sind zugewiesen

- 1) die Revisionen in Strafsachen für die Bezirke der Oberlandesgerichte Bamberg, Karlsruhe, Koblenz, München, Neustadt a.d.W., Nürnberg und Stuttgart sowie des Landgerichtes Darmstadt aus dem Bezirk des Oberlandesgerichts Frankfurt am Main,
- 2) die Revisionen in Militärstrafsachen (Zweiter Teil des Wehrstrafgesetzes vom 30. März 1957, BGBl I 298).

Dem 2. Strafsenat sind zugewiesen

- 1) die Revisionen in Strafsachen für die Bezirke der Oberlandesgerichte Bremen, Düsseldorf, Frankfurt am Main (ohne das Landgericht Darmstadt), Köln und Saarbrücken,
- 2) die Entscheidungen des Bundesgerichtshofes als gemeinschaftliches oberes Gericht (StPO §§ 12 ff, JGG § 42 Abs. 3), soweit nicht der 5. Strafsenat (Nr. 3a) zuständig ist, die Bestimmung des zuständigen Gerichts nach § 19 Abs. 2 Zuständigkeitsergänzungsg v. 7. August 1952, BGBl I 407, und die sonstigen Entscheidungen, die keinem anderen Strafsenat zugeteilt sind.

Dem 5. Strafsenat sind zugewiesen

- 1 a) die Untersuchungen und Entscheidungen im ersten und letzten Rechtszug in den Strafsachen aus dem gesamten Gebiet der Bundesrepublik, die in § 134 GVG bezeichnet sind,
- b) die Untersuchungen und Entscheidungen im ersten und letzten Rechtszug in den Strafsachen, die die in Berlin begangenen, in § 134 GVG bezeichneten Straftaten betreffen,
- 2 a) die Revisionen in Strafsachen gegen die Entscheidungen derjenigen Strafkammern aus dem gesamten Gebiet der Bundesrepublik, die in § 74 a GVG bezeichnet sind,
- b) die Revisionen gegen die Entscheidungen der in § 74 a GVG bezeichneten Strafkammern des Kammergerichtsbezirkes Berlin-Charlottenburg mit Ausnahme derjenigen Entscheidungen, die Fälle der Verschleppung und der politischen Verdächtigung (StGB §§ 234 a, 241 a, Bln. Ges. zum Schutze der persönlichen Freiheit v. 14. Juni 1951, VOBl 417) betreffen,



- 3 a) die Entscheidungen des Bundesgerichtshofes als gemeinschaftliches oberes Gericht (StPO §§ 12 ff, JGG § 42 Abs. 3), soweit es sich um die durch §§ 74 a, 120 GVG begründete Zuständigkeit der Landgerichte und Oberlandesgerichte und um die durch § 102 JGG begründete Zuständigkeit der Jugenschöffengerichte handelt,
- b) die Entscheidungen nach § 153 c StPO.

Dem 4. Strafsenat sind zugewiesen

- 1) die Revisionen in Strafsachen für die Bezirke des Oberlandesgerichts Hamm,
- 2) alle Revisionen in Verkehrsstrafsachen (einschliesslich der Eisenbahn- und Luftunfälle mit Ausnahme von Unfällen der Berliner Stadtbahn),
- 3) alle Entscheidungen nach § 27 des Deutschen Auslieferungs-gesetzes vom 23. Dezember 1929, RGBI I 239.

Dem 5. (Berliner) Strafsenat sind zugewiesen

- 1) die Revisionen in Strafsachen für den Bezirk des Kammergerichtes Berlin-Charlottenburg und für die Bezirke des Oberlandesgerichts Braunschweig, Celle, Hamburg, Oldenburg und Schleswig.
- 2) die Revisionen gegen die Entscheidungen der in § 74 a GVG bezeichneten Strafkammern des Kammergerichtsbezirkes Berlin-Charlottenburg, die Fälle der Verschleppung und der politischen Verdächtigung (StGB §§ 234 a, 241 a; Bln. Ges. zum Schutze der persönlichen Freiheit v. 14. Juni 1951, VOB1 417) betreffen.

Geschäftsverteilungsplan der Zivilsenate des Bundesgerichtshofes für das Jahr 1959

Dem I. Zivilsenat sind zugewiesen

alle Rechtsstreitigkeiten aus dem Gebiet des gewerblichen Rechtsschutzes, insbesondere über

- a) Urheberrecht und Verlagsrecht,
- b) Musterschutz und Patentrecht nebst Verträgen hierüber, ferner über Ansprüche gegen einen Patentanwalt aus Anlass seiner Berufstätigkeit (Patentanwaltsg v. 28. September 1933, RGBI I 669) einschliesslich von Schadensersatzansprüchen,
- c) Verträge über die Benutzung eines Geheimverfahrens oder die ausschliessliche Verwertung nicht geschützter gewerblicher Erzeugnisse.



- d) Warenzeichen und Ansprüche aus dem Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb, dem Rabattgesetz und der Zugabeverordnung,
- e) Firmer- und Namensrecht, soweit es sich um die Verwechslungsfähigkeit im geschäftlichen Verkehr handelt.

Dem II. Zivilsenat sind zugewiesen

- 1) alle Seesachen (HGB §§ 474 ff. nebst SeemannsO v. 2. Juni 1902, RGBl 175, SeemannsG v. 26. Juli 1957, BGBl II 713, und StrandungsO v. 17. Mai 1874, RGBl 73, § 44,

alle Streitigkeiten aus den Reichsgesetzen über Binnenschifffahrt und Flösserei (einschließlich von Zusammenstößen von Schiffen mit Nichtschiffen),

nebst Streitigkeiten über Schleppverträge und Versicherungen (einschließlich von Rückversicherungen) wegen Wasser- (See- oder Fluss-) Transport allein oder in Verbindung mit Landtransport,

alle Rechtsstreitigkeiten aus dem Gesetz über Rechte an eingetragenen Schiffen und Schiffsbauwerken vom 15. November 1940, RGBl I 1499, über Besitz und Eigentum an Schiffen und Schiffsbauwerken und über Ansprüche aus schuldrechtlichen Verträgen über Schiffe und Schiffsbauwerke sowie

alle Rechtsstreitigkeiten über Schiffspfandrechte und Zwangsvollstreckung in Schiffe (ZVG §§ 162 ff),

- 2) die Rechtsstreitigkeiten über Ansprüche aus Speditions-, Lager- und Frachtgeschäften.

- 3) die Rechtsstreitigkeiten über

- a) Ansprüche aus Kauf und Tausch von Wertpapieren,

- b) Ansprüche aus Besitz und Eigentum (einschließlich der Fälle des § 771 ZPO), Niessbrauch und Pfandrecht (einschließlich des kaufmännischen Zurückbehaltungsrechts, HGB § 369) an Wertpapieren sowie Rechtsgeschäften hierüber,

- c) Ansprüche auf Grund des Börsengesetzes und des Gesetzes betr. die Pflichten der Kaufleute bei Aufbewahrung fremder Wertpapiere,

- d) Ansprüche aus Kontokorrenten (HGB § 355),

- e) Ansprüche aus Kommissionsgeschäften (HGB §§ 385 - 406),

- 4) die Rechtsstreitigkeiten über

- a) Ansprüche aus Gesellschaftsverhältnissen (BGB §§ 705 - 740) und Gemeinschaften (BGB §§ 741 - 758),

- b) innere Verhältnisse von Handelsgesellschaften, stillen Gesellschaften, eingetragenen Genossenschaften und Gesellschaften mit beschränkter Haftung sowie Vereinen (auch Versicherungsvereinen auf Gegenseitigkeit) mit Einschluss der Rechtsstreitigkeiten zwischen diesen Gesellschaften, Genossenschaften oder Vereinen und ihren Vorstandsmitgliedern oder Geschäftsführern,

- c) Firmenrecht (HGB §§ 17 - 37), soweit nicht I 1 e zutrifft,

- d) Ansprüche aus dem Erwerb eines Handelsgeschäftes (GVG § 95 Nr. 4 d).



- 5) die Rechtsstreitigkeiten über
  - a) die Vertragsverhältnisse der Mäkler (BGB §§ 652 ff) einschliesslich der Handelsmäkler (HGB § 93 ff), sowie der Handelsvertreter (HGB §§ 84 ff),
  - b) Ansprüche aus § 354 HGB,
  - c) Wechselsachen, Schecksachen und Ansprüche aus kaufmännischen Anweisungen,
- 6) die Rechtsstreitigkeiten über Versicherungsverhältnisse,
- 7) die Rechtsstreitigkeiten über Auftragsverhältnisse (BGB §§ 662 ff) zwischen Kreditinstituten und ihren Kunden oder zwischen Kreditinstituten untereinander, soweit die Institute die üblichen Bankgeschäfte betreiben und nicht mit Sonderaufgaben befasst sind (wie z. B. Bau-sparkassen, Teilzahlungskreditinstitute und ähnliche),
- 8) die Entscheidungen in Fällen des § 28 FGG sowie des § 14 Nr. 3 Ges. über die Konsulargerichtsbarkeit vom 7. April 1900, RGBI 213,
  - a) sofern es sich um die Führung der Schiffsregister, Binnenschiffsregister und Schiffbauregister und sonstige Befugnisse der Register-richter oder Dispachen handelt,
  - b) soweit es sich um die Führung der Handelsregister, Genossenschaftsregister und der Vereinsregister und um sonstige Befugnisse der Registerrichter handelt,
- 9) die Entscheidungen nach
  - a) den §§ 9, 14, 28, 31 1. DV-AktG vom 29. September 1937, RGBI I 102,
  - b) § 55 1. DV-DividendenabgabeVO vom 18. August 1941, RGBI I 493.

Dem III. Zivilsenat sind zugewiesen

- 1) die Rechtsstreitigkeiten über
  - a) die Ansprüche von Beamten und Militärpersonen sowie ihrer Hinterbliebenen auf Grund des Dienstverhältnisses,
  - b) Schadensersatzansprüche
    - aa) von Körperschaften des öffentlichen Rechtes gegen ihre Beamten auf Grund des Dienstverhältnisses,



- bb) gegen Beamte aus § 839 BGB, sofern nicht V 2 i zutrifft,
  - cc) gegen Körperschaften des öffentlichen Rechtes auf Grund des Art. 131 WRV und des Art. 34 GG,
  - dd) gegen Rechtsanwälte und Notare,
  - ee) gegen Körperschaften des öffentlichen Rechtes aus der Verletzung der Strassenunterhaltungspflicht oder Verkehrssicherungspflicht auf Strassen,
- 2) die Rechtsstreitigkeiten über
- a) Ansprüche auf Entschädigung wegen
    - aa) unschuldig erlittener Untersuchungshaft oder Freispruchs im Wiederaufnahmeverfahren,
    - bb) Enteignung einschliesslich der Ansprüche auf Entschädigung nach dem Preussischen Fluchtliniengesetz vom 2. Juli 1875, GS 561 und den Schutzbereichsgesetzen vom 24. Januar 1935, RGBl I 499, und vom 7. Dezember 1956, BGBl I 899, oder Aufopferung,
    - cc) Inanspruchnahme auf Grund des Reichsleistungsgesetzes und des Bundesleistungsgesetzes oder wegen polizeilicher Massnahmen enteignungsähnlicher Art,
  - b) Ansprüche aus einem öffentlich-rechtlichen Verwahrungs- oder Treuhandverhältnis,
- 3) die Rechtsstreitigkeiten über Steuern und Stempel auf Grund von Reichs-, Bundes- und Landesgesetzen,
- 4) die Entscheidungen über Revisionen in Angelegenheiten des Baulandbeschaffungsgesetzes vom 3. August 1953, BGBl I 720,
- 5) alle Rechtsstreitigkeiten und Entscheidungen, die nicht einem anderen Senat zugewiesen sind.

Dem IV. Zivilsenat sind zugewiesen

- 1) die Rechtsstreitigkeiten über
- a) Personenrecht, insbesondere Namensrecht (BGB § 12), soweit nicht I 1 e zutrifft, einschliesslich von Adel, Entmündigungen (BGB § 6), Todeserklärungen,
  - b) Familienrecht,
  - c) die erbrechtlichen Wirkungen der Zugewinnsgemeinschaft (§ 1371 nF BGB),



- 2) die Entscheidungen über Rechtsbeschwerden aus dem Jugendwohlfahrtsgesetz, für welche das Reichsgericht zuständig ist (JWG § 18; EGJWG v. 9. Juli 1922, RGBl I 647, Art. 9),
- 3) die Entscheidungen in Fällen des § 28 FGG sowie des § 14 Nr. 3 Ges. über die Konsulargerichtsbarkeit vom 7. April 1900, RGBl 213, sofern es sich um Personenrechts- und Familienrechtssachen handelt,
- 4) die Bestimmung des zuständigen Gerichts im Falle des § 650 Abs. 3 ZPO,
- 5) die Rechtsstreitigkeiten über Rückgriffsansprüche, die mit Rückerstattungssachen zusammenhängen,
- 6) die Rechtsstreitigkeiten über Angelegenheiten des Bundesgesetzes zur Entschädigung für Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung (Bundesentschädigungsgesetz).

Dem IV. Zivilsenat sind zugewiesen

- 1) die Entscheidungen über Rechtsbeschwerden in Landwirtschaftssachen einschliesslich der Entscheidungen nach dem Gesetz über das gerichtliche Verfahren in Landwirtschaftssachen vom 21. Juli 1953, RGBl I 667,
- 2) die Rechtsstreitigkeiten über
  - a) Ansprüche aus Verträgen über Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte (einschliesslich Vorkaufs und Wiederkaufs),
  - b) Pachtverhältnisse über landwirtschaftliche Grundstücke,
  - c) Ansprüche aus Besitz und Eigentum an Grundstücken und an Sachen, die mit einem Grundstück oder Gebäude in körperliche Verbindung gebracht sind, mit Einschluss von Überbau und Grenzverhältnissen (BGB §§ 912 - 916, 919 - 923), ferner die Rechtsstreitigkeiten aus dinglichen Vorkaufsrechten und Rechtsgeschäften darüber,
  - d) Ansprüche aus dinglichen Rechten an Grundstücken und grundstücksgleichen Rechten und Rechtsgeschäften darüber,
  - e) Nachbarrecht nebst dessen Verletzung (BGB §§ 903 - 910, GewO § 26),
  - f) Erbrecht (soweit nicht IV 1 c zutrifft), einschliesslich von Erbchaftskäufen,
  - g) Zwangsvollstreckung in Grundstücke mit Einschluss von Kauf und Tausch von Rechten aus dem Meistgebot (§ 81 ZVG),
  - h) Bergrechtssachen (EGBGB Art. 67) einschliesslich der Abbaurechtssachen (EGBGB Art. 68) sowie Wasserrechtssachen (EGBGB Art. 65) einschliesslich der Deich- und Sielrechtssachen (EGBGB Art. 66),



- i) Schadensersatzansprüche wegen Amtspflichtverletzung von Grundbuchbeamten in Grundbuchsachen einschliesslich der Rückgriffsansprüche gegen Beamte,
  - k) Jagd- und Fischereirechte nebst Verträgen hierüber,
  - l) Wildschadensersatz,
  - m) kirchenrechtliche Verhältnisse sowie Schulbaulasten und Grabstätten (EGBGB 132, 133),
  - n) Familiengüter und Lehen (EGBGB Art. 59),
  - o) Stiftungen (BGB §§ 80 ff), Schenkungen (BGB §§ 516 ff), soweit nicht II 1 zutrifft, Niessbrauch an Vermögen (BGB §§ 1085 ff) und Leibrenten (BGB §§ 759 ff),
- 3) die Entscheidungen in den Fällen
- a) des § 28 FGG, sofern es sich um Nachlasssachen handelt,
  - b) des § 79 GBO,
  - c) des § 2 ZVG und des § 3 Ges. zur Änderung der Vorschriften des Fideikommiss- und Stiftungsrechtes v. 28. Dezember 1950, BGBl. 820.

Dem VI. Zivilsenat sind zugewiesen

die Rechtsstreitigkeiten über

- a) Ansprüche aus unerlaubten Handlungen, soweit sie nicht dem III. Zivilsenat (III 1 b) oder dem V. Zivilsenat (V 2 e, i-l) zugewiesen sind; die Rechtsstreitigkeiten über Schadensersatzansprüche aus Heilbehandlung, auch wenn die Ansprüche auf Vertrag gestützt sind,
- b) Ansprüche aus Unfällen, an denen ein Kraftfahrzeug, eine Eisenbahn oder eine Strassenbahn beteiligt sind, auch wenn sie auf den Beförderungsvertrag gestützt sind, jedoch mit Ausnahme der Frachtverträge über Güter (II 2),
- c) Schadensersatzansprüche auf Grund sonstiger besonderer Gesetzesvorschriften (z. B. ZPO § 302 Abs. 4, §§ 717, 945), soweit sie nicht einem anderen Senat besonders zugewiesen sind.

Dem VII. Zivilsenat sind zugewiesen

1) die Rechtsstreitigkeiten über

- a) Dienstverhältnisse mit Ausnahme derjenigen, die unter I 1 b, II 4 b oder VI a fallen,
- b) Werkverträge mit Ausnahme derjenigen, die unter VI a fallen,



- 2) die Rechtsstreitigkeiten über Auftragsverhältnisse (BGB §§ 662 ff) und Geschäftsführung ohne Auftrag (BGB §§ 677 ff), soweit nicht II 7 zutrifft,
- 3) die Rechtsstreitigkeiten über
  - a) Leihe und Verwahrung (BGB §§ 598 ff, 688 ff), soweit nicht II 1, II 3 c, III 2 b oder V 2 a zutrifft,
  - b) Darlehen (BGB § 607) und abstrakte Schuldverhältnisse (BGB §§ 780-808) soweit nicht II 3 c und d zutrifft,
  - c) Bürgschaften (BGB §§ 765 ff), jedoch ist bei Rechtsstreitigkeiten über eine Bürgschaft für die Zuständigkeit die Hauptverbindlichkeit massgebend, wenn nur deren Bestand den Gegenstand des eigentlichen Streites bildet,
- 4) die Rechtsstreitigkeiten über ungerechtfertigte Bereicherung (BGB §§ 812 ff), sofern es nicht mit Rücksicht auf das neben diesen Bestimmungen anzuwendende Recht zweckmässig erscheint, dass die Sache von dem für dieses Recht zuständigen Senat erledigt wird,
- 5) die Rechtsstreitigkeiten über Schiedsverträge und Schiedssprüche (ZPO § 1025 ff, § 274 Abs. 2 Nr. 3),
- 6) die Entscheidungen in Fällen des § 28 FGG sowie des § 14 Nr. 3 Ges. über die Konsulargerichtsbarkeit vom 7. April 1900, RGBl 213, sofern nicht II 9, IV 3 und V 6 a zutrifft,
- 7) die Bestimmung des zuständigen Gerichtes nach § 36 ZPO und § 9 EGZPO,
- 8) die Entscheidungen nach § 159 Abs. 1 GVG in Zivilsachen nebst § 2 FGG und § 18 Ges. über die Konsulargerichtsbarkeit vom 7. April 1900, RGBl 213,
- 9) die Entscheidung in den Fällen des § 28 Abs. 2 und des § 29 Abs. 2 BrMilRegVO 165,
- 10) die Entscheidungen, die erforderlich werden, bevor sich der für die Bearbeitung der Sache zuständige Senat feststellen lässt.

Dem VIII. Zivilsenat sind zugewiesen

- 1) die Rechtsstreitigkeiten über
  - a) Ansprüche aus Kauf und Tausch von beweglichen Sachen und Rechten, soweit nicht II 1, II 3 a, V 2 d oder V 2 g zutrifft,
  - b) Miet- und Pachtverhältnisse, soweit nicht II 1 oder V 2 b zutrifft,



2) die Rechtsstreitigkeiten über

- a) Ansprüche aus Besitz und Eigentum an beweglichen Sachen, aus Funden (BGB §§ 965 ff) sowie auf Vorlegung von Sachen (BGB §§ 809 - 811), soweit nicht II 1 oder II 3 b zutrifft,
- b) Ansprüche aus Niessbrauch und Pfandrecht an beweglichen Sachen und Rechten einschliesslich des kaufmännischen Zurückbehaltungsrechts (HGB § 369) und von Rechtsgeschäften hierüber, soweit nicht II 1, II 3b oder V 2 d zutrifft.

3) die Rechtsstreitigkeiten über

- a) Zwangsvollstreckung in anderes als unbewegliches Vermögen (einschliesslich der Klagen auf Erlass des Vollstreckungsurteils und mit Einschluss von § 771 ZPO, dagegen mit Ausschluss der §§ 767-769 ZPO),
  - b) Zwangsvollstreckung zur Erwirkung der Herausgabe von Sachen und zur Erwirkung von Handlungen oder Unterlassungen (ZPO §§ 883 ff) sowie Offenbarungseid und Haft (ZPO §§ 899 ff), soweit nicht III 1 b zutrifft,
  - c) Anfechtung von Rechtsgeschäften eines Schuldners zum Nachteil seiner Gläubiger im Konkurs und ausserhalb des Konkurses (KO §§ 29-42, 196; AnfechtungG), auch soweit Scheingeschäft behauptet wird,
- 4) die Rechtsstreitigkeiten über Vergleiche, sofern es nicht mit Rücksicht auf das anzuwendende Recht zweckmässig erscheint, dass die Sache von dem für dieses Recht zuständigen Senat erledigt wird.

Schlussbestimmungen

- I. Erachtet ein Senat vor mündlicher Verhandlung einer bei ihm anhängig gemachten Sache einstimmig, dass sie nach der Art des anzuwendenden Rechtes vor einen anderen bestimmten Senat gehöre, so ist sie dorthin abzugeben, falls nicht die Abgabe aus besonderen Gründen unzweckmässig erscheint. Der Abgabebeschluss ist für den Senat, an den die Sache verwiesen ist, bindend. Nach Anberaumung des Termins zur mündlichen Verhandlung ist eine Abgabe ausgeschlossen.
- II. Kommen für den in der Revisionsinstanz noch streitigen Teil eines Rechtsstreits entscheidend auch Fragen aus einem Rechtsgebiet in Betracht, für das nicht der Senat, bei dem die Sache anhängig ist und vor den sie nach dem Geschäftsverteilungsplan gehört, sondern ein anderer Senat zuständig ist, so kann, wenn das aus besonderen Gründen zweckmässig erscheint, die Sache an diesen Senat mit dessen Zustimmung abgegeben werden.
- III. Rechtsstreitigkeiten, in denen ein Senat eine Entscheidung erlassen hat und die nochmals, wenn auch wegen eines anderen Teiles desselben Anspruchs, sei es in dem bisherigen oder in einem neuen Prozess, an den



Bundesgerichtshof gelangen, gehören vor jenen Senat, selbst wenn inzwischen eine Änderung der Geschäftsverteilung Platz gegriffen hat. Die Sache kann jedoch dem nach dem Geschäftsverteilungsplan an sich zuständigen Senat mit dessen Zustimmung zugewiesen werden, wenn besondere Gründe hierfür sprechen.

Die Übergangsregelung zum 1. Oktober 1956 bleibt unberührt \*)

- IV. Für Vertragshilfesachen aus dem Vertragshilfegesetz vom 26. Mai 1952, BGBl I 198), ist jeweils derjenige Zivilsenat zuständig, zu dessen Rechtsgebiet die zu regulierende Verbindlichkeit gehört. Sind mehrere Verbindlichkeiten zu regulieren, so entscheidet die dem Betrage nach höchste Verbindlichkeit.
- V. Rechtsbeschwerden nach § 56 Ges. über Ordnungswidrigkeiten vom 25. März 1952, BGBl I 177, sind im Hinblick auf die Geschäftsverteilung wie Revisionen zu behandeln.
- VI. Strafsachen, in denen ein Senat eine Entscheidung erlassen hat und die nochmals an den Bundesgerichtshof gelangen, werden wieder von diesem Senat bearbeitet, selbst wenn der Geschäftsverteilungsplan inzwischen geändert worden ist.
- Die Übergangsregelung zum 1. Oktober 1956 bleibt unberührt \*)

---

\*) Beschlüsse des Präsidiums vom 20. September 1956 Nr. IX c und vom 14. Dezember 1956 Nr. II A 9:

"Sachen, in denen ein Senat vor dem 1. Oktober 1956 eine Entscheidung erlassen hat und die nochmals an den Bundesgerichtshof gelangen (Nr. III, VI der Schlussbestimmungen), gehören vor den nach der neuen Geschäftsverteilung zuständigen Senat. Dasselbe gilt für die Sachen, die bei den bisher zuständigen Senaten verblieben sind, weil sie bereits im Oktober 1956 terminiert waren und die wieder an den Bundesgerichtshof gelangen. Von diesen Sachen abgesehen ergibt sich die Zuständigkeit für Sachen, in denen ein Senat nach dem 30. September 1956 eine Entscheidung erlässt und die nochmals an den Bundesgerichtshof gelangen, aus Nr. III und VI der Schlussbestimmungen."



## A n h a n g

### zum Geschäftsverteilungsplan des Bundesgerichtshofes für das Jahr 1959

#### A. Besetzung der Senate des Bundesgerichtshofes nach dem Stand vom 1. Januar 1959

##### K a r t e l l s e n a t

Chefpräsident	Dr. Weinkauff
Bundesrichter	Dr. Jagusch
"	Dr. Fischer
"	Dr. Bock
"	Dr. von Werner
"	Dr. Hussla
"	Dr. Hübner
"	Dr. Löscher

##### Z i v i l s e n a t e

#### I. Zivilsenat

Chefpräsident	Dr. Weinkauff <sup>1</sup>
Bundesrichter	Prof. Dr. Wilde <sup>2</sup> (stellv. Vorsitzender)
"	Dr. Bock <sup>3</sup> (zugl. Kartellsenat)
Bundesrichterin	Dr. Krüger-Nieland <sup>4</sup>
Bundesrichter	Dr. Christoph <sup>5</sup>
"	Dr. Weiss <sup>6</sup>
"	Dr. Spreng <sup>7</sup>
"	Dr. Löscher <sup>8</sup> (zugl. Kartellsenat)
Jur. Hilfsarbeiter	Landgerichtsrat Dr. Simon
"	Oberregierungsrat Dr. Neumar

#### II. Zivilsenat

Senatspräsident	Dr. Nastelski <sup>9</sup>
Bundesrichter	Dr. Haidinger <sup>10</sup> (stellv. Vorsitzender)
"	Dr. Fischer <sup>11</sup> (zugl. Kartellsenat)
"	Dr. Kuhn <sup>12</sup>
"	Dr. Nörr <sup>13</sup>
"	Dr. Haager <sup>14</sup>
"	Liesecke <sup>15</sup>
"	Dr. Reinicke <sup>16</sup>
Jur. Hilfsarbeiter	Amtsgerichtsrat Loertzer



III. Zivilsenat

Senatspräsident

Prof. Dr. Geiger<sup>17</sup>

Bundesrichter

Dr. Pagendarm<sup>18</sup> (stellv. Vors.)

"

Dr. Weber<sup>15</sup>

"

Dr. Kreft<sup>20</sup>

"

Dr. Arndt<sup>21</sup> (bis 31.3.1959 zugl.  
2. Strafsenat)

"

Dr. Wolany<sup>11</sup>

"

Dr. Beyer<sup>21</sup>

"

Dr. Hussla<sup>24</sup> (zugl. Kartellsenat)

Jur. Hilfsarbeiter

Landgerichtsrat Kröner

IV. Zivilsenat

Senatspräsident

Ascher<sup>25</sup>

Bundesrichter

Raske<sup>26</sup> (stellv. Vorsitzender)

"

Johannsen<sup>27</sup>

"

Dr. von Werner<sup>28</sup> (zugl. Kartellsenat)

"

Wüstenberg<sup>28</sup>

"

Maaß<sup>30</sup>

"

Wilden<sup>31</sup>

"

Dr. Loewenheim<sup>32</sup>

Jur. Hilfsarbeiter

Landgerichtsrat Fuchs

V. Zivilsenat

Senatspräsident

Dr. Tasche<sup>33</sup>

Bundesrichter

Dr. Hückinghaus<sup>34</sup> (stellv. Vors.)

"

Dr. Augustin<sup>35</sup> (bis 31.3.1959 zugl.  
4. Strafsenat)

"

Schuster<sup>36</sup>

"

Dr. Piepenbrock<sup>37</sup>

"

Dr. Rothe<sup>38</sup>

"

Dr. Freitag<sup>38</sup>

"

Dr. Mettern<sup>40</sup>

"

Jur. Hilfsarbeiter

Gerichtsassessor Knüfer

VI. Zivilsenat

Senatspräsident

Prof. Dr. Meiss<sup>41</sup>

Bundesrichter

Dr. Kleinewefers<sup>41</sup> (stellv. Vors.)

"

Dr. Engels<sup>43</sup>

"

Dr. Meyer, Karl<sup>44</sup>

"

Hanebeck<sup>44</sup>

"

Dr. Bode<sup>46</sup>

"

Dr. Hauss<sup>47</sup>

"

Meyer, Heinrich<sup>47</sup>

"

Jur. Hilfsarbeiter

Amtsgerichtsrat Dr. Mammey



VII. Zivilsenat

Senatspräsident	Glanzmann <sup>45</sup>
Bundesrichter	Scheffler <sup>57</sup> (stellv. Vorsitzender)
"	Rietschel <sup>51</sup>
"	Dr. Heimann-Trosien <sup>52</sup> (bis 31.3.1959 zugl. 1. Strafsenat)
"	Dr. Winkelmann <sup>51</sup>
"	Erbel <sup>54</sup>
"	Meyer, Hubert <sup>55</sup>
Jur. Hilfsarbeiter	Amtsgerichtsrat Mihr

VIII. Zivilsenat

Senatspräsident	Dr. Grossmann <sup>8</sup>
Bundesrichter	Dr. Gelhaar <sup>57</sup> (stellv. Vorsitzender)
"	Artl <sup>58</sup>
"	Dr. Spieler <sup>59</sup>
"	Dr. Dorschel <sup>60</sup>
"	Dr. Mezger <sup>61</sup>
"	Dr. Messner <sup>62</sup>
Jur. Hilfsarbeiter	Amtsgerichtsrat Gerl

## S t r a f s e n a t e

1. Strafsenat

Senatspräsident	Dr. Geier
Bundesrichter	Dr. Peetz (stellv. Vorsitzender)
"	Mantel
"	Werner
"	Martin
"	Dr. Heimann-Trosien (bis 31.3.1959; zugl. VII. Zivils.)
"	Dr. Willms (zugl. 5. Strafsenat)
"	Dr. Hübner (zugl. Kartellsenat)
Jur. Hilfsarbeiter	Landgerichtsrat Dr. Fitterer

2. Strafsenat

Senatspräsident	Dr. Baldus
Bundesrichter	Prof. Dr. Busch (stellv. Vors.)
"	Dr. Dotterweich
"	Scharpenseel (zugl. 3. Strafsenat)
"	Dr. Arndt (bis 31.3.1959; zugl. III. Zivilsenat)
"	Dr. Schalscha
"	Dr. Menges



3. Strafsenat

Senatspräsident

Bundesrichter

"

"

"

"

"

Dr. Kanter

Dr. Jagusch (stellv. Vors.; zugl.  
Kartellsenat)

Weber

Dr. Mannzen

Dr. Wiefels

Dr. Hengsberger

Wirtzfeld

4. Strafsenat

Senatspräsident

Bundesrichterin

Bundesrichter

"

"

"

"

"

Dr. Rotberg

Krumme (stellv. Vorsitzende)

Dr. Augustin (bis 31.3.1959; zugl.  
Zivilsenat)

Dr. Sauer

Dr. Seibert

Hoepner

Prof. Dr. Lang-Hinrichsen (zugl.  
3. Strafsenat)

Dr. Flitner

5. (Berliner) Strafsenat

Senatspräsident

Bundesrichterin

Bundesrichter

"

"

"

Jur. Hilfsarbeiter

Sarstedt

Dr. Koffka (stellv. Senatsvors.)

Schmidt, Adolf

Siemer

Schmitt, Rudolf

Dr. Börker

Landgerichtsrat Kappe



B. V e r t r e t u n ga) Vertretung der Strafsenate

- 1) Die Mitglieder des 1. Strafsenates werden durch die des 2. Strafsenates, die Mitglieder des 2. durch die des 4. Strafsenates, die Mitglieder des 4. Strafsenates durch die des 1. Strafsenates vertreten.
- 2) Zur Vertretung der Mitglieder des 3. Strafsenates ist in der Reihenfolge der Vertretungsfälle jeweils ein Mitglied der Strafsenate 1, 2 und 4 in dieser Reihenfolge berufen.
- 3) Sind in einer Revisions-Strafsache, die zur Zuständigkeit des 3. Strafsenates gehört, so viele Mitglieder des Senates gemäss § 22 Nr. 1 StPO von der Ausübung des Richteramtes kraft Gesetzes ausgeschlossen, dass der Senat ohne Zuziehung von Vertretern nicht mehr ordnungsgemäss besetzt ist, so ist an seiner Stelle der 2. Strafsenat zuständig.
- 4) Zur Vertretung der Mitglieder des 5. (Berliner) Strafsenates ist in der Reihenfolge der Vertretungsfälle jeweils ein Mitglied der Strafsenate 1, 2 und 4 in dieser Reihenfolge berufen.

b) Vertretung der Zivilsenate

- 1) Es vertreten sich gegenseitig jeweils die Richter des I. und II. Zivilsenates, des III. und VI. Zivilsenates, des IV. und V. Zivilsenates und des VII. und VIII. Zivilsenates.
- 2) In eiligen Fällen kann jeder Zivilsenat darüber hinaus alle anderen Senate in ihrer nummernmässigen Reihenfolge, beginnend mit dem der Nummer nach folgenden Senat auf Gewährung eines Vertreters in Anspruch nehmen.

c) Bestimmung der im Einzelfall zur Vertretung berufenen Senatsmitglieder

Soweit ein Senat gemäss der vorstehenden Vertretungsregelung einen Vertreter zur Verfügung zu stellen hat, sind die dem Senat angehörenden Bundesrichter in der Reihenfolge von niedrigsten bis zum höchsten Dienstalter nacheinander zur Vertretung berufen. Ist der hiernach zur Vertretung berufene Bundesrichter an der Vertretung verhindert, so tritt der im Dienstalter folgende Bundesrichter für ihn ein.

- d) Ist ein Mitglied der Grossen Senate des Bundesgerichtshofes und zugleich sein Vertreter verhindert, die ihm obliegenden Geschäfte innerhalb des Grossen Senates wahrzunehmen, so tritt an die Stelle des jeweiligen ordentlichen Vertreters dasjenige Mitglied des Grossen Senates für Zivilsachen oder für Strafsachen, das jeweils in der allgemeinen Reihenfolge des Vertreters auf den verhinderten Vertreter folgt.

C. Sitzungstage und Sitzungssäle der Senate des Bundesgerichtshofes

Kartellsenat Sitzungstage 2. und 4. Montag im Monat  
Mittwoch

Sitzungssaal Nr. 123  
" Nr. 123



Z i v i l s e n a t e

I.	Zivilsenat	Sitzungstage:	Dienstag und Freitag	Sitzungssaal	Nr. 223
II.	"	"	Montag und Donnerstag	"	Nr. 223
III.	"	"	Montag und Donnerstag	"	Nr. 222
IV.	"	"	Mittwoch	"	Nr. 222
			Freitag	"	Nr. 123
V.	"	"	Mittwoch und Sonnabend	"	Nr. 223
			1. und 3. Montag im Monat	"	Nr. 123
VI.	"	"	Dienstag und Freitag	"	Nr. 222
VII.	"	"	Montag und Donnerstag	"	Nr. 122
VIII.	"	"	Dienstag und Sonnabend	"	Nr. 123
			2. u. 4. Donnerstag im Monat	"	Nr. 123

S t r a f s e n a t e

1.	Strafsenat	Sitzungstage:	Dienstag	Sitzungssaal	Nr. 122
2.	"	"	Mittwoch	"	Nr. 122
4.	"	"	Freitag	"	Nr. 122
5.	"	"	Dienstag und Freitag	Berlin	

D. Auszug aus der Geschäftsordnung des Bundesgerichtshofes

§ 1

S e n a t e

- (1) .....
- (2) .....
- (3) Jedes Mitglied des Bundesgerichtshofes muss einem Senat als ständiges Mitglied angehören. Jeder Senat muss einschliesslich des Vorsitzenden aus mindestens fünf ständigen Mitgliedern bestehen.

§ 2

P l e n u m

Vor das Plenum gehören ausser der durch § 140 GVG ihm überwiesenen Angelegenheiten die Beratung und Beschlussfassung über eine beim Bundesrat vorzuschlagende Änderung oder Ergänzung der Geschäftsordnung sowie über diejenigen den Geschäftsgang betreffenden Angelegenheiten, die der Präsident vor das Plenum verweist.



- § 3 -

Präsidium

Das Präsidium beschliesst in den ihm durch das Gesetz oder durch diese Geschäftsordnung zugewiesenen Angelegenheiten. Es entscheidet ausserdem im Zweifelsfall, vor welchen Senat eine Sache gehört.

- § 4 -

Präsident

- (1) Dem Präsidenten liegen neben den Geschäften, die ihm als Vorsitzenden des Plenums, des Präsidiums, der Grossen Senate, der Vereinigten Grossen Senate und eines einzelnen Senates zukommen, die Leitung und die Beaufsichtigung des ganzen Geschäftsganges ob.
- (2) Der Präsident verteilt die Geschäftsräume und die für die regelmässigen Sitzungen bestimmten Wochentage auf die Senate.
- (3) Der Präsident regelt die Verteilung der Geschäfte unter die nicht-richterlichen Beamten des Gerichts. Er ist im Sinne der beamtenrechtlichen Vorschriften Vorgesetzter und Dienstvorgesetzter der richterlichen Mitglieder des Bundesgerichtshofes. Bei disziplinären Massnahmen gegen die richterlichen Mitglieder des Bundesgerichtshofes soll er das Präsidium hören; handelt es sich jedoch um blosser Vorermittlungen, so kann er, auf Antrag des Betroffenen soll er das Präsidium hören.
- (4) Soweit nicht gesetzliche Vorschriften oder solche Vorschriften gelten, die der Bundesminister der Justiz auf Grund von Gesetzen erlassen hat, erlässt der Präsident die Bestimmungen über die zu führenden Geschäftsbücher, Register und Listen.
- (5) Dem Präsidenten steht die Verfügung in allen Verwaltungsangelegenheiten zu, vor allem in denjenigen, die das Haushaltswesen, die Geschäftsräume, die Vervollständigung der Bibliothek und sonstige Anschaffungen betreffen.

- § 5 -

Vertretung des Präsidenten

In den Angelegenheiten, für die eine Vertretung des Präsidenten nicht durch das Gesetz geordnet ist, vertritt ihn der dienstälteste Senatspräsident.

- § 6 -

Gutachten

Hat der Bundesgerichtshof Gutachten, insbesondere über Gesetzgebungsfragen, zu erstatten, so bestimmt das Präsidium des Bundesgerichtshofes, welche Stelle innerhalb des Bundesgerichtshofes die gutachtliche Äusserung abzugeben hat. Es kann dazu bestimmen entweder den einzelnen oder die mehreren Senate, zu deren Zuständigkeit die Gutachterfrage gehört, oder den betreffenden Grossen Senat oder eine von ihm aus den Mitgliedern des Bundesgerichtshofes zu bildende Gutachterkommission oder in Ausnahmefällen die Vereinigten Grossen Senate oder das Plenum.



S i t z u n g e n

- (1) Die Sitzungen der Senate finden wöchentlich an den ein für allemal bestimmten Tagen statt, unter Vorbehalt ausserordentlicher Sitzungen, die durch die Umstände nötig werden.
- (2) Die ausserordentlichen Sitzungen der Senate sowie die Sitzungen des Plenums, der Grossen Senate und der Vereinigten Grossen Senate werden von den Vorsitzenden nach Bedürfnis einberufen.
- (3) An Sonntagen und allgemeinen Feiertagen finden Sitzungen nur in Notfällen statt.

B e r i c h t e r s t a t t e r

- (1) Bei der Revision in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten und in Strafsachen ernannt der Vorsitzende des Senats einen Berichterstatter, und zwar in der Regel, nachdem er Termin zur mündlichen Verhandlung anberaumt hat. Der Berichterstatter stellt spätestens eine Woche vor dem Verhandlungstermin dem Vorsitzenden eine schriftliche Bearbeitung der Sache mit den Akten zu. Dem Vorsitzenden steht es frei, vor dem Verhandlungstermin eine weit vorbereitende Bearbeitung der Sache durch einen zweiten Berichterstatter anzuordnen oder die Akten bei den Senatsmitgliedern mit dem Ersuchen umlaufen zu lassen, zu einzelnen bestimmt bezeichneten Rechtsfragen schriftlich Stellung zu nehmen.
- (2) Wird die Revision durch Beschluss erledigt, so genügt ein mündlicher Vortrag des Berichterstatters.
- (3) Die Vorschriften des Abs. 1 sind sinngemäss anzuwenden
  1. bei Berufungen in Patentsachen,
  2. bei Beschwerden, die gemäss § 28 des Gesetzes über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit oder gemäss § 79 der Grundbuchordnung dem Bundesgerichtshof zur Entscheidung vorgelegt werden,
  3. bei Rechtsbeschwerden in Landwirtschaftssachen, sofern es sich nicht um unzulässige Rechtsbeschwerden handelt,
  4. bei anderen Beschwerden und Entscheidungen, wenn ein Termin zur mündlichen Verhandlung angesetzt wird; geht der Entscheidung eine mündliche Verhandlung nicht voraus, so wird auf mündlichen Vortrag des vom Senatsvorsitzenden zu bestellenden Berichterstatters entschieden, jedoch ist eine vorbereitende Bearbeitung nicht ausgeschlossen.
- (4) In Strafsachen, für die der Bundesgerichtshof in erster und letzter Instanz zuständig ist (§ 134 GVG), ist die Vorschrift des Abs. 1 Satz 1 sinngemäss anzuwenden.

G r o s s e S e n a t e

- (1) In den Fällen der §§ 136, 137 GVG, hat der Senat, der die Entscheidung eines Grossen Senats oder der Vereinigten Grossen Senate einholen will, die zu entscheidenden Rechtsfragen in einem Beschluss festzustellen und mit diesem Beschluss auch die Akten der Rechtssache dem Vorsitzenden des Grossen Senats oder der Vereinigten Grossen Senate zuzustellen. Im Falle des § 136 GVG hat jedoch der Senat, der von der Entscheidung eines anderen Senates abzuweichen will, zunächst bei diesem anzufragen, ob er der Abweichung zustimmt; wenn der andere Senat zustimmt, so bedarf es keiner Entscheidung des Grossen Senats oder der Vereinigten Grossen Senate.



(2) Der Vorsitzende des Grossen Senats oder der Vereinigten Grossen Senate leitet den Beschluss und die Akten dem Oberbundesanwalt, wenn dieser zu hören ist, zur schriftlichen Stellung seiner Anträge vor der Berichterstattung zu.

(3) Es werden zwei Berichterstatter ernannt, von denen der eine dem Senat angehören muss, der die Entscheidung des Grossen Senats oder der Vereinigten Grossen Senate einholt. Handelt es sich um eine Entscheidung der Vereinigten Grossen Senate, so ist, wenn der erste Berichterstatter einem Zivilsenat angehört, als zweiter Berichterstatter ein Mitglied eines Strafsenats zu bestellen und umgekehrt.

(4) Die Berichte sind schriftlich zu erstatten. Eine Abschrift der Berichte und der Anträge des Oberbundesanwalts ist vor der Sitzung jedem Mitglied mitzuteilen, das zur Mitwirkung an der Entscheidung berufen ist. Der Oberbundesanwalt ist von der Sitzung rechtzeitig zu benachrichtigen.

(5) Über das Ergebnis der Beratung hat ein vom Vorsitzenden zu bestimmendes Mitglied des Grossen Senats oder der Vereinigten Grossen Senate eine Niederschrift aufzunehmen.

(6) Die Entscheidung des Grossen Senats oder der Vereinigten Grossen Senate ergeht in Form eines Beschlusses mit Entscheidungsgründen; der Beschluss muss die Namen der Richter, die mitgewirkt haben, und den angenommenen Rechtssatz enthalten und ist von den Richtern zu unterzeichnen. Der Beschluss kann auch dahin lauten, dass die Entscheidung der Rechtsfragen mangels der Voraussetzungen der §§ 136, 137 GVG abgelehnt wird.